

Perus institutionelle Krise – kein Ende in Sicht?

Von Katharina Wolter | 08. Dezember 2020

- 18.09 Ein erstes Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten erreicht nicht die notwendige Mehrheit
- 09.11 Präsident Martín Vizcarra wird durch ein zweites Misstrauensvotum des Amtes enthoben
- 10.11 Manuel Merino (Präsident des Kongresses) wird als Vizcarras Nachfolger vereidigt
- 15.11 Manuel Merino tritt zurück

Die Nachrichten in Peru haben sich in den letzten Wochen nur überschlagen von Berichten um das Amt des peruanischen Präsidenten. Bereits im September drohte dem Präsident Martín Vizcarra ein Amtsenthebungsverfahren wegen angeblicher Behinderung der Untersuchungen im Kongress bezüglich des „Richard Swing“ Falls (siehe Schaukasten auf der nächsten Seite). Die für die Absetzung notwendigen Stimmen wurden damals allerdings nicht erreicht. Am 09. November wird der Präsident dann durch ein zweites Verfahren in einer neuen Angelegenheit abgesetzt. Dieses Mal werden ihm angebliche Korruptionsfälle wäh-

rend seiner Amtszeit als Regionalgouverneur von Moquegua vorgeworfen. Als sein Nachfolger wird am darauffolgenden Tag der Präsident des Kongresses, Manuel Merino, als neuer Präsident des Landes vereidigt. Dies führt jedoch in der Bevölkerung zu großem Widerstand. Bei Demonstrationen sammeln sich in der Hauptstadt und weiteren großen Städten Zehntausende und protestieren „Merino ist nicht mein Präsident“ („Merino no es mi presidente“). Bei eskalierenden Ausschreitungen zwischen den Demonstrierenden und der Polizei sterben zwei Menschen und viele werden verletzt. Nur sechs Tage nach seiner Vereidigung tritt Manuel Merino zurück. Am 16. November wird der als gemäßigte Kraft geltende Francisco Sagasti zum Parlamentspräsidenten und damit zum neuen Präsidenten Perus gewählt. Somit hat Peru in der Zeitspanne von nur einer Woche drei Präsidenten erlebt.

Häufiger wird dem Land in diesem Zusammenhang eine konstitutionelle Krise diagnostiziert. Doch wie konnte es dazu kommen? Warum musste sich Vizcarra nicht nur einem sondern gleich zwei Amtsenthebungsverfahren stellen? Welche Meinung hat die peruanische Bevölkerung zu dieser Absetzung und gegenüber dem zwischenzeitlich neuem Präsidenten Merino? Warum trat er nach nicht mal einer Woche zurück? Und wer genau ist eigentlich Francisco Sagasti, der neue Präsident, der das Land aus der Krise führen soll? Um all diese Fragen wird es im Folgenden gehen.

Martín Vizcarras Amtsübernahme und Amtszeit

Der Odebrecht Korruptionsskandal

Der brasilianische Baukonzern Odebrecht hat jahrelang Politiker*innen, Manager*innen und Staatsbeamte*innen im Gegenzug für Bauaufträge bestochen. Über 800 Millionen Dollar sollen geflossen sein. Von Mexiko bis Argentinien sind dabei zahlreiche Länder Lateinamerikas involviert. In Peru sind mindestens drei ehemalige Präsidenten in den Skandal involviert.

Die konstitutionelle Krise ist in Peru nichts Neues. Jeder Präsident seit 1990 wurde der Korruption verdächtigt, deswegen angeklagt oder verhaftet. Das hinterlässt Narben. Auch die Beziehung zwischen dem höchsten Amt und dem Kongress ist vorbelastet. Bereits im Jahr 2016, als Pedro Pablo Kuczynski seine Präsidentschaft beginnt, existieren Spannungen

zwischen dem Kongress und dem Präsidenten. Nachdem er ein erstes Misstrauensvotum durch den Kongress im Dezember 2017 noch übersteht, tritt Kuczynski im März 2018 kurz vor einem zweiten Misstrauensvotum aufgrund seiner Verwicklung in den Odebrecht Korruptionsskandal (siehe links) zurück. In das Amt folgt ihm sein Stellvertreter und Vizepräsident Martín Vizcarra. Die Spannungen zwischen dem Präsidentschaftsamt und dem Kongress ziehen sich auch durch seine Amtszeit.

Diese ist nicht nur weiterhin vom Odebrecht Korruptionsskandal geprägt, sondern auch von neuen Skandalen. Im Juli 2018 beispielsweise machen die sogenannten „CNM Audios“ die Runde. In diesen Tonaufnahmen sind Konversationen zwischen Richter*innen und Mitgliedern des Consejo Nacional de la Magistratura (CNM) zu hören, in denen es um angebliche Angebote zu Strafminderungen, Danksagungen für Gefallen und andere Verhandlungen für Beförderungen von Beamten*innen geht. Der CNM, eine peruanische Institution mit der Aufgabe Richter*innen auszuwählen, zu ernennen, zu ratifizieren und zu entlassen, wurde als Konsequenz des Skandals aufgelöst und 2019 durch den Nationalen Justizrat ersetzt. Verwickelt in die Audios sind nicht nur Richter*innen, sondern auch mehrere hochrangige Politiker*innen wie zum Beispiel der Minister für Justiz, Salvador Heresi, der zwangsläufig zurücktreten musste. Auch Mitglieder des Kongresses machten sich im Rahmen dieser Audios des Korruptionsverdachts schuldig.

Der „Richard Swing“ Betrugsfall

Der Sänger Richard Cisneros, besser bekannt als Richard Swing, wurde seit 2017 mehrfach vom Kultusministerium für Beratungen und Motivationsseminare in der Summe von insgesamt 50.000 US-Dollar entlohnt, obwohl er keine entsprechenden Fertigkeiten besitzt.

Die CNM Audios bringen eine Justizkrise ins Rollen, die sich auch in das Jahr 2019 zieht. Über die Frage zur Ernennung der neuen Richter*innen für das Verfassungsgericht entsteht ein politischer Konflikt zwischen den Abgeordneten des Kongresses und Präsident Vizcarra. Der Konflikt erreicht im September 2019 einen Höhepunkt. Präsident Vizcarra will die Ernennung der Verfassungsrichter*innen verschieben, während sich die Abgeordneten des Kongresses dagegen weigern. Vizcarra, der dies als faktische Entziehung des Vertrauens interpretiert, löst daraufhin den Kongress gemäß Artikel 134 der peruanischen Verfassung auf¹. Im Januar 2020 wählt die peruanische Bevölkerung daraufhin einen neuen Kongress, der von vornherein nur bis Juli 2021 bestehen soll. Das neu gewählte Parlament besteht aus vielen Parteien – keine Fraktion erreicht die Mehrheit von 66 Sitzen. Präsident Vizcarra, der in der Bevölkerung relativ hohe Zustimmungswerte besitzt, schafft es nicht die Beziehung zwischen Exekutive und dem Kongress zu verbessern, was seiner Amtsführung mehr Stabilität hätte verleihen können. Der schwelende Konflikt zwischen Kongress und Präsident hält an. Anfang September 2020 geraten dann Tonaufnahmen an die Öffentlichkeit, in denen Präsident Vizcarra angeblich dabei zu hören ist, wie er mit engen Beratern seine Beteiligung am Betrugsfall „Richard Swing“ versucht zu verheimlichen. Während dieses erste Amtsenthebungsverfahren, wie einleitend bereits beschrieben, nicht genügend Stimmen erreicht, wird Vizcarra nur kurze Zeit später in einem zweiten Verfahren in anderer Sache abgesetzt. Als Regionalgouverneur der Region Moquegua soll Vizcarra Bestechungs-

¹ <https://www.kas.de/de/web/peru/laenderberichte/detail/-/content/die-andere-pandemie-wie-perus-institutionelle-krise-das-land-ins-politische-chaos-stuerzte>

gelder in Höhe von etwa einer halben Million Euro für die Durchführung verschiedener Bauvorhaben angenommen haben. Die Amtsenthebung erfolgt in dieser zweiten Angelegenheit mit der Begründung der „permanenten moralischen Amtsunfähigkeit“. Vizcarra bestreitet die Vorwürfe bis heute, akzeptierte aber seine Absetzung.

Der Neue: Manuel Merino

In Folge von Vizcarras Absetzung übernimmt der Präsident des Kongresses, Manuel Merino, die Führung des Landes bis zur regulären Wahl in 2021. Die peruanische Bevölkerung ist allerdings mit Vizcarras Absetzung gar nicht glücklich und Tausende versammeln sich für Proteste in der Hauptstadt und anderen großen Städten. Zum Teil wird Vizcarras Absetzung einem Staatsstreich gleichgesetzt und entsprechend aufgeheizt ist das Land. Der Wunsch nach mehr Demokratie und der Ruf nach einer neuen Verfassung werden lauter. Im Rahmen der Demonstrationen setzt die Polizei unter anderem Tränengas und Wasserwerfer ein und wie anfänglich beschrieben, kommt es dabei zu Verletzten und auch zwei Toten². Im Verlauf der Proteste ist vielfach Polizeigewalt zu beobachten. Zwischenzeitlich wurden 44 Demonstrierende als verschwunden gemeldet. Nach ihrer Rückkehr sprachen sie davon, für mehrere Tage von Zivilbeamt*innen festgehalten worden zu sein³. Diese Vorfälle sorgen auch international für Kritik, die Vereinten Nationen kritisieren die Menschenrechtsverletzungen scharf. Aufgrund der massiven Demonstrationen erklärt Manuel Merino nach nicht mal einer Woche auf Drängen des Kongresses seinen sofortigen Rücktritt. Auch 13 der 18 Minister*innen des neuen Kabinetts haben zu dem Zeitpunkt bereits ihren Rücktritt erklärt.

Wie erklärt sich die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber Merino? Dies hängt vor allem mit zwei Gründen zusammen. Erstens ist die Begründung von Vizcarras Absetzung, die sogenannte „permanente moralische Amtsunfähigkeit“, ein sehr schwammig formuliertes Element der Verfassung, das schon häufig als Schlupfloch für die Absetzung eines Präsidenten genutzt wurde. Doch was genau sich hinter der Formulierung verbirgt ist nicht näher definiert. Aus genau diesem Grund werden auch momentan die Rufe nach einer neuen verbesserten Verfassung immer lauter. Zweitens erklärt sich die Haltung auch durch das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber des Kongresses. Denn nicht nur peruanische Präsidenten haben sich in der Vergangenheit entweder durch den Verdacht auf oder tatsächliche Korruption schuldig gemacht. Auch viele Abgeordnete des Kongresses haben keine reine Weste. Aktuell wird gegen 68 der 130 Abgeordneten wegen Korruptionsverdachts oder der Verhinderung von staatsanwaltlichen Untersuchungen ermittelt⁴. Die Polizeigewalt, die im Rahmen der Demonstrationen beobachtet wurde, verschlimmert die Unzufriedenheit der Bevölkerung dazu deutlich.

Und jetzt?

Am 17. November tritt Francisco Sagasti nach Merinos Rücktritt das Amt an. Er wird als Liberal eingestuft und gehört der Lila Partei an, die als einzige Partei den ehemaligen Präsidenten Vizcarra bei dem Misstrauensvotum der vorherigen Woche unterstützt hatte. Seine große Aufgabe ist es nun das Land zu beruhigen und bis zu den

² <https://amerika21.de/2020/11/245295/peru-unruhen-nach-abesetzung-vizcarra>

³ <https://amerika21.de/2020/11/245381/zweiter-praesident-zwei-wochen-peru>

⁴ <https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/defekte-demokratie-interview-zu-perus-politischer-krise/>

Neuwahlen im Jahr 2021 zu führen. Doch wie gut er diese Aufgabe angesichts der vielen Korruptionsfälle und des dadurch erschütterten Vertrauens der Bevölkerung in die politischen Institutionen meistern wird, bleibt abzuwarten. Die Kritik des Volkes wird bisher allerdings nicht leiser. Wenn Sagasti das Vertrauen der peruanischen Bevölkerung gewinnen will, muss seine erste Aufgabe die Aufklärung der vielfach beobachteten Polizeigewalt während der Demonstrationen sein. Sonst wird es ihm nicht gelingen das Land durch diese konstitutionelle Krise zu führen.